

*Fachtagung der Drogenberatung e.V. Bielefeld und der integrativen Drogenhilfe Frankfurt e.V.
„Cannabis – Nutzpflanze, Heilmittel und Einstiegsdroge?“
Bielefeld, 24. Juni 2015*

Vortragsskizze¹

*von Sebastian Sperling, Friedrich-Ebert-Stiftung,
Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Lateinamerika und Karibik*

Von Repression zu Regulierung: Warum weltweit der Ruf nach alternativer Drogenpolitik laut wird

Vielen Dank für die Einladung! Es freut mich, dass ich explizit gebeten wurde, die Diskussion um den Umgang mit Cannabis in Deutschland in einen etwas größeren Zusammenhang zustellen, nämlich den der weltweiten Debatte um Drogenpolitik insgesamt.

Über den nationalen Tellerrand zu schauen, lohnt nicht nur, weil die Debatte bzw. die Politik in anderen Ländern zum Teil schon weiter ist; sondern ist auch zwingend notwendig, weil unsere nationale Drogenpolitik sehr direkte Folgen hat in anderen Ländern; was oft nicht erwähnt wird und beispielsweise auch im Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung ausgeblendet wird.

Vier unbescheidene Fragen habe ich mir nun vorgenommen:

1. Warum muss sich die (deutsche) Drogenpolitik ändern?
2. Was muss sich ändern?
3. Was tut sich in der Welt?
4. Warum ändert sich bei uns bislang nichts?

¹ Es gilt das gesprochene Wort

A) Warum muss sich die Drogenpolitik ändern?

Die kurze Antwort darauf ist der erste Satz des 2011er-Report der „Global Commission on Drug Policy“ um Javier Solana und Kofi Annan: „Der Krieg gegen Drogen ist gescheitert“. Oder in ihrem 2014er Bericht: „Das internationale Drogenkontrollregime ist am Ende“.

Seit über 50 Jahren – seit dem 1961 in Kraft getretenen Einheitsabkommen über Betäubungsmittel der VN - nehmen wir es als gegeben hin, dass gewisse Drogen illegal sind, weltweit. Interpretiert wurde dieses Abkommen in Deutschland im Betäubungsmittelgesetz und in den USA ab 1972 mit dem von Nixon ausgerufenen „Krieg gegen Drogen“.

Ziel des Ganzen: Eine Welt ohne Drogen. Davon sind wir heute weiter weg denn je, wenn man sich den Weltdrogenreport anschaut.

- Die Zahl der Nutzer steigt weltweit weiter an, von 203 Millionen in 2008 auf 242 Millionen in 2013 (UNODC). Klar, es gibt Schwankungen in Art der Drogen (Anstieg in synthetischen Drogen) und Verlagerung der Märkte (Schwellenländer). Wahrscheinlich entwickelt sich der Konsum jedoch schlicht proportional zum BIP.
- **Konsum lässt sich offenbar nicht verbieten.** Selbst unter maximaler Kontrolle, in totalitären Regimen mit Todesstrafe oder in Gefängnissen werden Drogen konsumiert. Mit den Worten von Mexikos Ex-Präsident Vincente Fox: „Prohibition hat selbst im Paradies nicht funktioniert. Sie aßen den Apfel.“
- Nicht nur die Nachfrage blieb bestehen, **auch das Angebot konnte nicht gesenkt werden.** Wohl nirgends hat man das im vergangenen Jahrzehnt so rigoros versucht wie in Kolumbiens Kokafeldern: mit militärischen Einsatz, den Einsatz von Chemiewaffen und manuellen Entwurzlungen. Ergebnis: man hat kurzfristig das Angebot in Kolumbien reduziert, aber der Preis des Kokains ist in der Zeit weltweit gefallen. Dann wurde halt woanders und von wem anders produziert.
- Der Krieg gegen Drogen hat die Macht des Organisierten Verbrechens nicht gebrochen, eher im Gegenteil. Heute sagt selbst Kolumbiens Ex-Präsident César Gaviria, unter dem einst Pablo Escobar ermordet wurde: „Der Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Wir wissen, dass Prohibition nicht funktioniert.“

Also: Ziel verfehlt. Dem stehen aber **enorme Kosten** gegenüber. Drei wesentliche Arten von Kosten:

1. Prohibition kostet – ganz banal – viel Geld.

- Mit dem Ziel der Angebotsreduktion gaben die USA und Kolumbien zwischen 2000 und 2008 zusammen jährlich 1 Mrd US-Dollar für militärische Zwecke im „Plan Colombia“ aus.
- Die USA haben seit 2000 12,5 Mrd US-Dollar ausgegeben für den Kampf gegen Drogenanbau in Lateinamerika; in den USA selber kostet die zumeist auf den Konsum ausgerichtete Repression der Regierung zufolge jährlich 15 Mrd Dollar; in Deutschland nach einer Studie von 2010 zwischen 3,4 - 4,4 Milliarden Euro.

2. Prohibition kostet Ressourcen für gesundheitspolitische Ansätze – Opportunitätskosten:

- Auf jeden Euro, der in Deutschland für Suchthilfe und -prävention ausgegeben wird, kommen mindestens zwei Euro, die für die Repression ausgegeben werden, was freilich im Drogenbericht der Bundesregierung nicht ausgewiesen wird.

- Opportunitätskosten: Das Geld für die Strafverfolgung von Konsumenten und die möglichen zusätzlichen Einnahmen wären hervorragend investiert in weiteren Gesundheitsprogrammen und Aufklärung – oder in staatlicher Regulierung und Jugendschutzmaßnahmen in legalen Märkten.

3. **Prohibition kostet wertvolle Kapazitäten von Militär, Polizei und Justiz:** Staaten sind überlastet mit ineffektiver Strafverfolgung.

- In Anbau- und Transitländern sind die Gefängnisse überfüllt mit Kleinbauern und Kleinsthändlerinnen (es trifft dabei überproportional viele Frauen);
- In Deutschland wurden in 2013 4,8 t Marihuana beschlagnahmt und mehr als 250.000 Delikte unter dem Betäubungsmittelgesetz verfolgt. Davon waren drei Viertel – 75%! – konsumbezogen.
- Das bedeutet: weniger Ressourcen für die Konzentration auf die „dicken Fische“; auf Schmuggel, Handel, Bandenkriminalität; gerade in Anbau- und Transitländern; aber auch für D bemängelt dies die Polizei z.T. selber (z.B. Polizeigewerkschaft NRW, etc.).

Aber nicht genug damit, dass der derzeitige Ansatz wenig bringt und viel kostet, er hat auch **fatale Nebenwirkungen**. Die drei gravierendsten Nebenwirkungen:

1. **Erstens kriminalisiert die Prohibition unnötiger Weise knapp 14 Millionen Deutsche,**

- die laut der Drogenaffinitätsstudie 2011 im Laufe ihres Lebens Kontakt mit illegalen Drogen haben; wobei diese Nutzung in den meisten Fällen weder deren Leben noch das Anderer nachhaltig negativ beeinflusst.
- Gerade bei problematischen Nutzer_innen bedeutet die Strafverfolgung oft einen weiteren Knacks in ohnehin schon schwierigen Biographien. Dass Gefängnis-Aufenthalte Drogenkarrieren eher begünstigen und zudem dort erst Kontakte zum organisierten Verbrechen entstehen ist vielfach belegt.

2. **Zweitens gefährdet der repressive Ansatz die Gesundheit:**

- Illegalität macht die Drogen oftmals gefährlicher, als sie sein müssten; durch Beimischungen, Unreinheiten, etc.; Global Commission on Drug Policy stellt dies in den Vordergrund ihrer jüngsten Berichte (HIV/Aids, Hepatitis).
- Hilfe und Kontrolle sind eben nicht wirklich miteinander vereinbar: Furcht vor Stigmatisierung oder strafrechtlicher Verfolgung hält Konsument_innen (auch: Lehrer_innen und Eltern) davon ab, Angebote frühzeitig anzunehmen; zudem verhindert das BTMG eine flächendeckende Ausweitung der erfolgreicher Programme wie z.B. der Substitutionsprogramme, was nicht nur die Bundesärztekammer kritisiert.
- Das Verbot (bzw. Abstinenzziel) verhindert glaubwürdige Prävention und Aufklärung.
- Auch die chemische Zerstörung von Anbaufeldern hat fatale Auswirkungen auf die Gesundheit und Existenzgrundlagen der Landbevölkerung und die Trinkwasserqualität.
 - In Kolumbien hat die Regierung erst im letzten Monat mit dem Spritzen von krebserregendem Gift aus Flugzeugen aufgehört, nach 15 Jahren intensiver Nutzung

mit fatalen Folgen in der Landbevölkerung – 2 Millionen Hektar wurden besprüht, aber damit nur 100.000 Hektar Kokafelder zerstört.

3. **Drittens, und das ist wahrscheinlich die schwerwiegendste Nebenwirkung: Das System der Prohibition hat die Grundlage für einen gigantischen globalen Schwarzmarkt geschaffen.**

- Den Gesamtumsatz des transnationalen Organisierten Verbrechens schätzt die UN für das Jahr 2009 sehr vorsichtig und konservativ auf 870 Milliarden USD (BIP von Österreich und Belgien zusammen). Mehr als ein Drittel davon macht der illegale Drogenmarkt aus, er bleibt das wirtschaftliche Rückgrat des Organisierten Verbrechens. Der globale Kokain-Markt wird konservativ auf 85 Milliarden (UNODC 2009), der Marihuana-Markt auf 140 Milliarden Dollar (UNODC 2012) geschätzt.
- Der globale Marktwert des Großhandels im Drogengeschäft wird höher geschätzt als der legale von Getreide, Wein, Bier, Kaffee und Tabak zusammen.

⇒ **Warum muss uns das in Deutschland etwas angehen?**

- a. ...weil wir das finanzieren: Etwa 65% des Profits in der Wertschöpfungskette werden im letzten Schritt erzielt, beim Verkauf an den Konsumenten. Europa und die USA sind weiterhin die größten Konsumentenmärkte.
- b. ...weil die Gelder z.T. bei uns gewaschen werden, in einer stabilen und florierenden Wirtschaft mit attraktiven und nicht ausreichend kontrollierten Immobilien- und Glücksspiel-Märkten.
- c. **...weil dort, wo die Kartelle herrschen, deutsche außen- und entwicklungspolitische Ziele bedroht sind.** Denn Organisiertes Verbrechen untergräbt Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität und Entwicklung.

Darum ist dies auch ein Thema für die Friedrich-Ebert-Stiftung: Weil es unseren Zielen in der internationalen Arbeit im Wege steht, z.B. in Westafrika oder in Zentralamerika.

Es ist kein Zufall, dass auf dem Transparency International-Korruptionsindex alle Anbau- und Transitländer auf unteren Plätzen stehen. Das Organisierte Verbrechen hat ganze Staaten unterwandert bis tief hinein in die Politik.

Inzwischen gibt es viele Indizien dafür, dass auch terroristische Gruppen, z.B. im Sahel, über den Drogenhandel finanzieren, was auch unsere Sicherheit bedroht.

Die Gewalt eskaliert nicht bei uns sondern vor allem dort, wo entweder Kartelle um Einfluss kämpfen oder ihnen Polizei und Militär die Stirn bieten: seit 2006 sind weit mehr als 60.000 Tote im Drogenkrieg Mexikos zu beklagen. Deswegen kann man Uruguays Ex-Präsident Mujica verstehen, wenn er sagt: „Ich habe keine Angst vor Drogen, sondern vorm Drogenhandel“

Unser derzeitiger repressiver Ansatz verfehlt also seine ursprünglichen Ziele, hat aber gleichzeitig enorme Kosten und fatale Nebenwirkungen. Dies wird weltweit in der einen oder anderen Form zunehmend auf höchster Ebene formuliert. Meilensteine:

- 2009: Lateinamerikanische Kommission für Drogen und Demokratie (mit ehemaligen Präsidenten von Brasilien, Kolumbien und Mexiko) ruft zu Paradigmenwechsel auf;

- 2011 und 2014: Global Commission on Drug Policy (um Javier Solana, Kofi Annan) konstatiert das Scheitern des Kriegs gegen Drogen und fordert Entkriminalisierung und Regulierung;
- 2013: Organisation Amerikanischer Staaten (zuletzt am 19. September 2014 auf einer außerordentlichen Generalversammlung) fordert Auseinandersetzung mit Reformvorschlägen;
- 2013: die Westafrikanische Drogenkommission unter der Federführung von Nigerias Ex-Präsident Obasanjo fordert Entkriminalisierung,
- zahlreiche ehemalige und aktuelle Präsidenten Lateinamerikas, die einst den Krieg gegen Drogen aktiv mittrugen: sie alle fordern eine offenere Debatte, insbesondere auch über eine Entkriminalisierung.

Die Adressaten der Appelle sind v.a. die Länder der reichen Konsumentenmärkte – USA und Europa. Der Konsum dort verursacht schließlich Kosten in anderen Teilen der Welt.

Auch in Deutschland erweitert sich der Kreis derer, die Reformen fordern, beständig – man findet sie längst nicht mehr nur am linken Rand. Erinnert sei nur an den Aufruf der deutschen Strafrechtsprofessor_innen oder den Bund deutscher Kriminalbeamter.

B) Was muss sich ändern?

Eckpunkte:

- Eine progressive Drogenpolitik wird sich zukünftig an **Nutzen, Kosten und Nebenwirkungen** (auch außerhalb der Landesgrenzen) messen lassen müssen. Der Drogenbericht der Bundesregierung müsste in diesem Sinne auch Nutzen und Kosten der repressiven Maßnahmen erwähnen, um ein komplettes Bild zu zeichnen.
- Dabei müsste **man Drogen differenziert behandeln** und die willkürliche Trennung von legal und illegal auf den Prüfstand stellen.
- Hierzu müssen wir uns auf **Erkenntnisse aus der Forschung** berufen – z.B. zu Schadenspotenzialen - und diese noch weiter intensivieren. Und aus drogenpolitischen Erfahrungen anderer Länder lernen.
- **Schäden der Anti-Drogenpolitik gilt es zu vermeiden**, für den Einzelnen und die Gesellschaft. Dazu gehört: die gesellschaftliche Teilhabe von Suchtkranken wieder zu stärken. Aber auch: Die internationale Dimension und die Folgen unseres gesellschaftlichen Konsum mitdenken.
- Das Ziel der Abstinenz oder einer „Welt ohne Drogen“ haben sich als unrealistisch erwiesen. Die deutsche Drogenpolitik sollte sich vielmehr von folgenden **Zielen** leiten lassen:
 - 1) **Konsumbezogene Schäden für einzelne Personen und die Gesellschaft verhindern und mindern** über Prävention, Therapie, Hilfe. (Im Bereich Suchtprävention und –behandlung hat Deutschland zweifellos viele erfolgreiche und global anerkannte, beispielhafte Ansätze vorzuweisen. Gerade in Lateinamerika wird mit Neid darauf geschaut, und die Debatte dort zielt zum großen Teil auch darauf ab, überhaupt dahin zu kommen, wo wir ansatzweise schon sind. Hier ließe sich der Erfahrungsaustausch vorantreiben.)
 - 2) **Ressourcen freimachen und generieren für den Staat.** Dabei geht es nicht um Steuereinnahmen per se (der jüngste Aufruf der Wirtschaftspolitiker von Grünen und CDU weckt diesbezüglich falsche Erwartungen), denn die Kontrolle legaler Märkte ist auch aufwändig und teuer. Vielmehr geht es darum, Ressourcen für Gesundheitspolitik und den Kampf gegen das Organisierte Verbrechen frei zu machen; in Deutschland, aber auch in Anbau- und Transitstaaten.
 - 3) **Wiedererlangung staatlicher Kontrolle** in Räumen und Strukturen, die von kriminellen Netzwerken infiltriert oder kontrolliert sind. **Organisiertes Verbrechen schwächen und Drogenökonomien bekämpfen** in Drogenanbau und –transitstaaten. An der ökonomischen Logik in der gesamten Wertschöpfungskette ansetzen, auch über entwicklungspolitische Ansätze. Cannabis ist diesbezüglich jedoch sicher nicht die wichtigste Droge.
 - 4) **Das internationale Drogenregime weiterentwickeln**, im o.g. Sinne und zur Vermeidung der Schäden der bisherigen Anti-Drogenpolitik; mehr Flexibilität für nationale Experimente zulassen.

Wenn wir diese Kriterien und Ziele ernst nehmen, führt uns das zu einer Entkriminalisierung des Konsums. Darüber hinaus sollte man schauen, bei welchen Drogen man sinnvoller und konsequenter Weise einen Schritt weiter geht, und den gesamten Markt reguliert. Dabei geht es insbesondere um die Kontrolle von Produktion, Bezugswegen, Produktqualität, Jugend- und Verbraucherschutz und Besteuerung.

C) Wo ändert sich bereits etwas?

In vielen Ländern tut sich bereits eine Menge in die genannte Richtung:

- 1) Bolivien hat das Kauen von Koka erlaubt und darüber hinaus **legale Nutzungsoptionen für Kokablätter entwickelt** und Kokaanbau in stark regulierter Form erlaubt. Ein Ansatz, der mit Opium in Indien und der Türkei bereits erfolgreich ist. Die Herausforderungen in der Regulierung sind dabei natürlich enorm. Entsprechend gibt es hier viel Bedarf und Raum für entwicklungspolitische Unterstützung.
- 2) **Marihuana für medizinische Zwecke freigeben**, z.B. in 23 Staaten der USA, in Israel; in Chile und Kolumbien wird das ebenfalls diskutiert.
- 3) **Cannabis entkriminalisieren, bzw. z.T. auch Verkauf legalisieren**, z.B. in den Niederlanden, Tschechien, Spanien, Belgien. Portugal hat den Konsum aller Drogen freigegeben. Heute gehen dort 90% der staatlichen Ausgaben in Suchtprävention und –hilfe, nur 10% in polizeiliche Maßnahmen – in den USA ist das Verhältnis andersherum. Der Konsum hat in Portugal eher abgenommen.
- 4) **Legalisierung von Marihuana**, z.B. in Colorado und Washington: private Unternehmen dürfen Marihuana an über-21-Jährige verkaufen. Keine Daten über Auswirkungen auf den Konsum; sehr wohl aber Berichte über Hanf-Tourismus und illegale Ausfuhren; enorme Steuereinnahmen.
- 5) Interessantestes Projekt ist derzeit der **Aufbau eines staatlichen Marihuanamarktes in Uruguay**. Ziel: Konsumenten zukünftig fernhalten vom Schwarzmarkt, u.a., damit diese nicht mehr so leicht als Kundinnen für Kokain und Pasta Base geworben werden können. Seit Mai 2014 ist das entsprechende Gesetz in Kraft. Eckpunkte:
 - Legaler Konsum ab 18
 - Privater Anbau erlaubt, maximal sechs Pflanzen (Registrierungspflicht)
 - Anbau-Clubs: max. 45 Mitglieder, maximal 99 Pflanzen
 - Staatlicher Anbau/Lizenzen an Unternehmen (geplant: 22 t jährlich) mit Abgabe in Apotheken: 1g ca. 1 Dollar (Preis so niedrig, um den Schwarzmarkt zu unterbieten). Erlaubt sind 10g pro Woche, 480g pro Jahr (Kontrolle über Fingerabdrucksystem).
 - Verbote: Autofahren und Arbeiten unter Einfluss; Werbung; Abgabe an Nicht-Uruguayer.

Ein Institut zur Regulierung und Kontrolle von Cannabis ist etabliert. Der Regulierungsapparat ist auch extrem teuer, dennoch rechnet der Staat mit Gewinnen von ca. 10 Millionen USD pro Jahr. Die Umsetzung des staatlichen Anbaus und der Apothekenabgabe stockt jedoch derzeit. Insgesamt ist es noch zu früh, die Erfahrungen auszuwerten.

- 6) **Es steht auf der Agenda der UN Generalversammlung 2016:** Ein Durchbruch mit Blick auf die Einheitskonvention ist nicht zu erwarten, aber immerhin gibt es die Möglichkeit, über Alternativen zu sprechen. Wünschenswert wäre, den Raum für pragmatische, angepasste nationale Politikansätze zu erweitern.

D) Warum sich bei uns nichts ändert.

Der Leidensdruck in Deutschland ist nicht so groß wie z.B. in Lateinamerika, da die Probleme (und die Konsequenzen unserer Verbotspolitik) weniger sichtbar sind bzw. ohnehin nicht bei uns anfallen. Doch selbst in Lateinamerika selber genießt die gescheiterte Verbotspolitik weiterhin großen gesellschaftlichen Rückhalt, die „harte Hand“ scheint als Antwort weiterhin populärer. Hier wie dort ist die Debatte sehr ritualisiert und ideologisiert und wird mit Angst und Halbwissen angefeuert.

Wenn überhaupt, scheint sich was in Sachen Cannabis zu bewegen, auch wenn die o.g. Argumente prinzipiell nicht nur für Cannabis gelten.

Die fünf gängigsten Gegenargumente gegen Regulierung von Marihuana

(und wie diesen erwidert werden kann):

1. Gegenargument: **„Regulierung wäre nicht kompatibel mit internationalem Regime.“**
 - ↔ Beispiele Portugal, Niederlande, Tschechien, USA, Uruguay zeigen: Es gibt auch in der bestehenden UN-Konvention Raum für Experimente. Der Drogenkrieg ist nur eine mögliche Interpretation.
 - ↔ Deutschland selber hat sich in der Vergangenheit mal unter dem Argwohn des internationalen Suchtstoffkontrollrats als Reformkraft hervorgetan, mit den Drogenkonsumräumen. Diese gelten heute als ein Erfolgsmodell zur Senkung der Zahl der Todesfälle.
 - ↔ Und: Abkommen kann man ändern! UN-Generalversammlung 2016 zu Drogenpolitik. Ich wünsche mir eine deutsche Regierung, die sich da ihrer Verantwortung stellt und vorangeht.
2. Gegenargument: **„Regulierung = Verharmlosung“ („Nicht noch eine Droge freigeben!“); „ungezügelter Kapitalismus/Kommerzialisierung des Cannabismarktes = höherer Konsum“.**
 - ↔ Unkontrollierter Kapitalismus ist der Status Quo! Legalisierung ist nicht der Anfang allen Chaos, sondern ein Schritt, ebendieses einzudämmen: Es geht um strenge Regulierung! Nicht „Legalisierung“ im Sinne ungezügelter Liberalisierung.
 - ↔ Alle Indizien gesundheitsschädigender Konsequenzen des Konsums müssen weiter ernst genommen werden. Dazu muss weiter geforscht werden und auf der Basis in Aufklärung und Förderung der Drogenmündigkeit der Bürger investiert werden.
 - ↔ Vorbild sollte nicht das „Modell Colorado“ sein (Hanf-Entrepreneurship, Hanf-Tourismus), sondern eher das Modell Uruguay mit noch stärkerer staatlicher Kontrolle.
 - ↔ Es gibt keine Indizien aus z.B. Niederlande oder Portugal, dass eine Entkriminalisierung den Konsum erhöhen würde, eher im Gegenteil.
3. Gegenargument: **„Es wird dann trotzdem einen Schwarzmarkt geben.“**
 - ↔ Ja! Aber dieser wird kleiner und einfacher zu kontrollieren sein, gerade im Sinne des Jugendschutzes.
 - ↔ Neue Wege in der Drogenpolitik werden nicht alle Probleme lösen. Es wird alleine auch nicht das Problem des Organisierten Verbrechens lösen. Reformen in der Drogenpolitik sind kein Allheilmittel; sie sind nicht mehr als ein Baustein. Aber eben auch nicht weniger.

4. Gegenargument: **„Wir haben in Deutschland doch schon Konzentration auf Prävention und eine de-facto Entkriminalisierung“.**

↔ Drogenbericht der Bundesregierung blendet Aufwendungen (und negative Folgen) der Repression aus.

↔ Etwa drei Viertel der unter dem BtMG verfolgten Fälle in Deutschland sind 2014 konsumnah: Tendenz war in den letzten Jahren eher steigend (2002: 68%). Laut Europäischer Beobachtungsstelle für Drogen- und Drogensucht besteht in der EU 60%, in Deutschland 70% der Strafverfolgung aus der Verfolgung von Cannabiskonsumenten.

↔ Präventions- und Hilfeangebote in Deutschland sind z.T. exzellent, aber zu punktuell und nicht flächendeckend. Qualität und Umfang der Prävention und Hilfe (und auch die Freigrenzen) sind sehr unterschiedlich von Bundesland zu Bundesland.

5. Gegenargument: **„Die öffentliche Meinung ist noch nicht soweit“: Die Angst der Politiker_innen vor der Bild-Schlagzeile.**

↔ Die Furcht der Politik unterschätzt erstens, wie breit inzwischen der fachpolitische Konsens ist, dass die derzeitige Politik gescheitert ist (s. auch: Anhörungen im Bundestag; Serien in Leitmedien).

↔ Es unterschätzt zweitens die Intelligenz der Bürger_innen. Bereits jetzt gibt es durchaus eine differenzierte Meinung innerhalb der Bevölkerung. Laut Infratest dimap (ZEIT) befürworten z.B. 82% die Freigabe zur Nutzung zu medizinischen Zwecken.

↔ Wie das Thema aufgenommen wird, hängt vor allem davon ab, wie das Thema politisch aufbereitet und dargestellt wird. Der „Recht-auf-Rausch“-Ansatz scheint da nicht zielführend, ebenso wenig eine hedonistische Lifestyle-Diskussion mit Fotos von Hanfpflanzen auf dem heimischen Balkon. Es muss klar bleiben: wir reden über potenziell gesundheitsschädliche Drogen. Eine politische Kommunikationsstrategie sollte...

a) ...die o.g. innen-, sicherheits-, entwicklungs- und gesundheitspolitischen Argumente und auch Deutschlands internationale Verantwortung erläutern;

b) ...Referenz zur Wissenschaft, Fachöffentlichkeit (Kreis der Strafrechtsprofessoren; BDK; etc.) herstellen;

c) ...Referenz zu konkreten Beispielen (Colorado bis Uruguay) herstellen. Damit steigt die Zustimmung: Bei einer Umfrage des Guardian befürworteten nur 39% die Entkriminalisierung von Cannabis; das Colorado-Modell befürworteten jedoch 52% der Befragten.

d) ...deutlich machen: Es geht um Regulierung, nicht um eine Legalisierung im Sinne einer ungezügelter Liberalisierung.

↔ Auch in Uruguay war eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Legalisierung. Die Regierung hatte dennoch den Mut, die Reformen im o.g. Sinne durchzuführen, und wurde dafür nicht vom Wähler bestraft, im Gegenteil: Letztes Jahr wurde die Mitte-links-Regierung wiedergewählt. Diesen politischen Mut wünsche ich mir in Deutschland.